

ESV

Kommunales Haftungsrecht

Von

Dr. Georg Krafft

Rechtsanwalt in München

Begründet von

Carsten Rotermund

Syndikus bei der Versicherungskammer
Bayern

5., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 14445 7](http://ESV.info/9783503144457)

1. Auflage 1996
2. Auflage 2001
3. Auflage 2004
4. Auflage 2008
5. Auflage 2013

Die Voraufgaben erschienen unter dem Titel
Haftungsrecht in der kommunalen Praxis.

ISBN 978 3 503 14445 7

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 10/12 Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort zur fünften Auflage

Im Oktober 1995 habe ich an dieser Stelle die erste Auflage eines „Handbuchs mit Musteranweisungen zur Organisation der Haftungsvermeidung“ vorgestellt. Auf 479 Seiten, in zwölf Kapiteln und sieben Anhängen sollte ein möglichst umfassender Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen verschafft werden. Die nun vorliegende fünfte Auflage weist auf 998 Seiten fünf Teile in 14 Kapiteln auf. In nunmehr über 17 Jahren ist klar geworden, dass der Anspruch einer auch nur annähernden Vollständigkeit der Darstellung eines Überblicks über das kommunale Haftungsrecht durch einen Verfasser alleine nur schwer zu erfüllen ist. Die kommunalhaftungsrechtliche Materie hat sich vielmehr als zu umfangreich erwiesen. Hingewiesen sei nur beispielsweise auf den zunehmenden Einfluss des europäischen Rechts und die Flut der in den letzten Jahren erlassenen Gesetze und die hierzu ergangene Rechtsprechung. Bereits in der Voraufgabe hat Herr Dr. Krafft deshalb die Bearbeitung wichtiger Bereiche, insbesondere der prozessrechtlichen Fragen, übernommen.

Deshalb stellt es einen konsequenten weiteren Schritt dar, die vorliegende fünfte Auflage vollständig neu auszurichten. Unbeschadet des weiter bestehenden Anspruchs, dem Leser einen möglichst umfassenden Überblick zu gewähren, werden die wichtigsten haftungsrechtlichen Fragen nicht nur im Überblick, sondern stärker in der Tiefe behandelt.

Aufgrund beruflicher Veränderungen in den letzten Jahren habe ich die notwendige Neuausrichtung zum Anlass genommen, mich aus der Autorenschaft zurückzuziehen und den Verlag gebeten, das Werk vollständig in die Hände von Herrn Dr. Krafft zu legen. Aufgrund der angenehmen und sehr befruchtenden Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Krafft bei Erstellung der vierten Auflage bin ich davon überzeugt, dass er und sein Autorenteam dem Werk noch viele weitere erfolgreiche Auflagen beschere werden. Ich hoffe, dass in ihnen auch in Zukunft noch etwas „Rotermund“ erkennbar bleibt. Verlag und Autoren wünsche ich, dass dem Werk weiterhin viel Erfolg beschieden sein möge.

Es bleibt, mich beim Erich Schmidt Verlag und allen Mitarbeitern für die stets angenehme Zusammenarbeit und die gewährte Unterstützung zu bedanken. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die 13jährige Betreuung durch Herrn Henning Schiller. Mein Dank gilt weiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer (BADK) und der Versicherungskammer Bayern für die langjährig gewährte Unterstützung.

Traunstein, im Januar 2013

Carsten Rotermund

Vorwort zur fünften Auflage

Die fünfte Auflage markiert eine personelle Zäsur des bestehenden Werkes. Denn zu meinem großen Bedauern hat sich Herr Kollege Rotermund aus persönlichen Gründen entschieden, nicht mehr an der Neuauflage mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund möchte ich vorab die Verdienste von Herrn Kollegen Rotermund um die Begründung und bisherige Fortführung des Werkes würdigen. Nachdem es mir überlassen war, das Werk alleine fortzuführen, kann ich ermessen, welche Anstrengungen und geistige Leistung die Voraufgaben abverlangt haben müssen. Es sei daher schon an dieser Stelle Herrn Kollegen Rotermund sehr herzlich für die Gelegenheit gedankt, dass ich auf das bestehende und auf dem Markt langjährig eingeführte Werk aufbauen und dieses fortsetzen darf.

Die personellen Veränderungen waren jedoch nicht der Anlass, das Konzept des Werkes zu überarbeiten und einer Neuausrichtung zuzuführen. Entscheidend sind vielmehr die Bedürfnisse der Praxis sowie die zunehmende Bedeutung kommunaler Haftung.

Während die Voraufgaben in erster Linie darauf abzielten, auch dem nicht juristisch vorgebildeten Leser die Haftungsrisiken für die Kommunen näher zu bringen und verständlich zu machen, geht die neue Auflage in rechtlicher Hinsicht doch erheblich weiter in die Tiefe. Deshalb richtet sich die fünfte Auflage in erster Linie an die Juristen der Kommunen, ihre Entscheidungsträger, aber auch und vor allem an Richter und Rechtsanwälte sowie Versicherungsjuristen, die sich mit der Haftung der öffentlichen Hand auf der kommunalen Ebene beschäftigen.

Die Blickrichtung des Juristen ist daher auch maßgebend für den abgeänderten Aufbau. Denn die Praxis fragt zunächst danach, wer wofür haftet und vor welchem Gericht das Verfahren stattfindet. Beibehalten wurde jedoch die grundsätzliche Zweiteilung des Werkes, und zwar einmal in Bezug auf die Darstellung der rechtlich-dogmatischen Grundlagen einerseits und die vertiefte Darstellung der praxisrelevanten Fallgruppen andererseits. Dementsprechend sind auch die jeweiligen Ausführungen gewichtet. Ausführlich dargelegt werden die „klassischen“ Probleme des Amtshaftungsrechts und seiner flankierenden Rechtsgebiete (öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse, enteignungsgleicher Eingriff etc.). Da das kommunale Haftungsrecht geprägt ist vom Dualismus der Einstandspflicht für hoheitliche und/oder privatwirtschaftlich-

fiskalische Betätigung, ist der Behandlung der allgemeinen zivilrechtlichen Anspruchsgrundlagen, die die Verantwortlichkeit der Kommunen in der Praxis begründen können, ebenfalls breiter Raum gewidmet.

In der Neuauflage finden aber auch Rechtsgebiete nähere Berücksichtigung, die in Zukunft wegen ihrer zunehmenden Bedeutung in den Blick zu nehmen sein werden. Dazu gehört insbesondere der europarechtliche Staatshaftungsanspruch, der im Zusammenhang mit den sogenannten „Wettmonopolfällen“ für die Kommunen Praxisrelevanz erlangt hat. Entsprechendes gilt für das Haftungsrisiko aufgrund diverser gesetzlicher Neuerungen. Zu nennen ist hier insbesondere die Gesetzesänderung zur Informationspflicht der öffentlichen Hand gegenüber den Verbrauchern in Bezug auf Lebensmittel. Auch hat das Jahr 2012 diverse Klarstellungen durch die Rechtsprechung mit sich gebracht. So hat zum Beispiel der BGH nunmehr wegweisend die Fallgruppen festgelegt, in denen eine Haftung der Kommunen wegen der Versagung des Einvernehmens verbleibt.

Im Vergleich zur Voraufgabe sind diverse Themen „abseits“ der klassischen Kommunalhaftung hinzugekommen (wie z.B. die Haftung der Kommunen nach UWG, GWB und dem europäischen Beihilfenrecht). Neu ist insbesondere auch die Behandlung der persönlichen Haftung von Führungskräften kommunaler Unternehmen in privatrechtlichen Formen, die der Tatsache der Privatisierung öffentlicher Aufgaben geschuldet ist. Entsprechendes gilt für die persönliche Einstandspflicht wegen der notwendigen Teilhabe kommunaler Repräsentanten z.B. am örtlichen Vereinsleben und in Parteien. Allerdings konnten diese Rechtsmaterien, ebenso wie das Vergaberecht, nur in ihren Grundzügen dargestellt werden, da vertiefte Ausführungen den Umfang des Werks gesprengt hätten. Gleichwohl haben wir uns um eine die wesentlichen Probleme aufzeigende Darstellung bemüht. Erheblich erweitert und vertieft wurden jedoch die Ausführungen zum Versicherungsschutz der Kommunen. Ergänzt wurde die versicherungsrechtliche Thematik um die Absicherung persönlicher Haftungsrisiken, insbesondere von Führungskräften kommunaler Kapitalgesellschaften.

In der Neuauflage konnten – wegen abnehmender Bedeutung und der Neuausrichtung des Werks – manche Themen nicht mehr erschöpfend behandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel die Haftung nach dem Staatshaftungsgesetz der ehemaligen DDR (und seiner Nachfolgebestimmungen). Gestrichen wurde der Regress des Sozialversicherungsträgers. In seinem Umfang reduziert wurde weiter das Kapitel „Arzthaftungsrecht“, nicht weil es für die Kommunen nicht praxisrelevant wäre, sondern vielmehr deshalb, weil hierzu zahlreiche eigenständige und ausführliche Publikationen existieren. Beibehalten und vertieft wurde allerdings die Problematik der Haftung der Kommunen als Träger von Krankenhäusern.

Vorwort zur fünften Auflage

Wie schon die Voraufgaben stellt das aktuelle Werk die Rechtslage anhand der Rechtssprechung primär des BGH (dort insbesondere der dritte Zivilsenat, Staatshaftungssenat) dar. Soweit erforderlich, sind auch unter- und obergerichtliche Entscheidungen eingearbeitet. Damit die zitierten Urteile leichter aufgefunden werden können, wurden die Entscheidungen mit Datum und Aktenzeichen sowie einer weitgehend allgemein zugänglichen Fundstelle aufgeführt. Neu ist die Voranstellung einschlägiger Aufsätze sowie – an geeigneter Stelle – der Verweis auf weitere Urteile, die im inhaltlichen Zusammenhang mit den jeweiligen Themen stehen.

Der Stand der Bearbeitung entspricht der Rechtsprechung und Literatur, soweit sie bis Ende November 2012 veröffentlicht waren. Auf Gesetzesänderungen, die zum 01.01.2013 in Kraft getreten sind, wird jedoch hingewiesen.

Angesichts des wachsenden Umfangs kommunaler Haftungsrisiken, war es mir schon aus zeitlichen Gründen unmöglich, eine weitgehend vollständige Darstellung alleine zu verfassen, einmal ganz davon abgesehen, dass es schon die zur Qualitätssicherung gebotene Spezialisierung erforderlich macht, Autoren zu beteiligen, die über entsprechendes Fachwissen verfügen. Es ist mir daher eine besondere Freude, dass ich Frau Richterin am Oberlandesgericht Petra Willner, Mitglied des Vergabesenats beim Oberlandesgericht München, für den vergaberechtlichen Teil gewinnen konnte. Frau Kollegin Willner ist eine ausgewiesene Expertin des Vergaberechts. Sie hat die für die Kommunen äußerst wichtige Materie mit dem Blick für das Wesentliche aus der Perspektive der Rechtsfindung behandelt.

Bei der Abfassung des Werkes haben mich als Autoren außerdem tatkräftig unterstützt Frau Rechtsanwältin Rönsberg (Fachanwältin für Verwaltungsrecht), Frau Rechtsanwältin Tassarek-Schröder, Herr Rechtsanwalt Thaller, und Herr Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht Koller (allesamt Tacke-Krafft, München), deren jahrelange praktische Erfahrungen aus kommunalen Haftpflichtprozessen mit eingeflossen sind.

Bedanken möchte ich mich auch noch bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Zentz (Tacke-Krafft, München) und Frau Rechtsreferendarin Bönisch für die Korrekturarbeiten und weitere Unterstützung. Mein Dank gilt schließlich noch meinem Kanzleipartner, Herrn Rechtsanwalt Dr. Tacke, für seine Geduld und die Übernahme der Mehrbelastung im Tagesgeschäft, ohne die die Neuauflage nicht möglich gewesen wäre.

München, im Januar 2013

Dr. Georg Krafft

Inhaltsübersicht

	Seite
Geleitwort zur fünften Auflage	5
Vorwort zur fünften Auflage	7
Inhaltsverzeichnis	13
Bearbeiterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis.....	45
Teil A	
Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten	55
KAPITEL I	
Haftungssubjekt „Kommune“ und Haftungsregime	57
KAPITEL II	
Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen.....	97
KAPITEL III	
Verwaltungsprivatrechtliche Haftung der Kommunen	177
KAPITEL IV	
Gefährdungshaftung der Kommunen	315
KAPITEL V	
Kausalität, Mitverschulden, Schaden und Entschädigung	359
Teil B	
Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung	397
KAPITEL I	
Verkehrssicherungspflichtverletzungen.....	399
KAPITEL II	
Öffentliches Baurecht	521
KAPITEL III	
Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz.....	611

Inhaltsübersicht

	Seite
KAPITEL IV	
Kommunikationshaftung	663
KAPITEL V	
Kommunale Baumaßnahmen, Daseinsfürsorge, Gefahrenabwehr ..	689
KAPITEL VI	
Kommunales Heil- und Pflégewesen	739
Teil C	
Risikofelder persönlicher Haftung im kommunalen Kontext	777
KAPITEL I	
Die persönliche Außen- und Rückgriffshaftung von Amtsträgern und der Hilfspersonen der öffentlichen Hand	779
KAPITEL II	
Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in kommunalen Unternehmen und Mitgliedschaften in Vereinen sowie Parteien	799
KAPITEL III	
Die Ersatzpflicht bei Arbeits- und Dienstunfällen	867
Teil D	
Die versicherungsrechtliche Absicherung der Haftungsrisiken	879
Teil E	
Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten	911
Literaturverzeichnis	967
Stichwortverzeichnis	973

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort zur fünften Auflage	5
Vorwort zur fünften Auflage	7
Inhaltsübersicht	11
Bearbeiterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis.	45

Teil A

Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten	55
--	-----------

KAPITEL I

Haftungssubjekt „Kommune“ und Haftungsregime	57
---	-----------

1. Vorbemerkung	57
2. Rechtsnatur und Begriffsbestimmung der „Kommune“	58
3. Die Abgrenzung zwischen hoheitlicher und privatwirtschaftlich-fiskalischer Betätigung	61
3.1 Rechtlicher Ausgangspunkt und praktische Bedeutung.	61
3.2 Grundsätze der Abgrenzung.	62
4. Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand	64
4.1 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für hoheitliche Tätigkeiten.	64
4.1.1 Amtshaftung	64
4.1.1.1 Beamter im haftungsrechtlichen Sinne	64
4.1.1.2 Zurechnung.	65
4.1.2 Staatshaftung (verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse, Enteignungs- und Entschädigungsansprüche).	67
4.2 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für privatwirtschaftlich-fiskalische Tätigkeiten.	67
4.2.1 Organhaftung gem. §§ 31, 89 BGB.	68
4.2.2 Haftung für Erfüllungsgehilfen gem. § 278 BGB	68
4.2.3 Haftung für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 BGB	69
4.3 Die Gefährdungshaftung der öffentlichen Hand.	70
4.4 Anspruchskonkurrenzen	70
4.4.1 Grundsätze und Ausnahmen.	70

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
4.4.2	Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen	71
4.4.3	Privatwirtschaftlich-fiskalische Betätigung	72
4.5	Bestimmung des Haftungssubjekts sowie des Haftungsregimes nach Fallgruppen und Rechtsgebieten.	72
4.5.1	Staatliche Aufgabenerfüllung der Kommunen	72
4.5.2	Weisung, Amtshilfe und Hilfeleistung.	72
4.5.3	Organleihe im weiteren Sinne	73
4.5.4	Beamte mit institutioneller Doppelstellung (z.B. Landrat) oder Nebenamt	75
4.5.5	Bedienstete der Kreise und Landratsämter	76
4.5.5.1	Kommunale Beschlussgremien (Stadt- und Gemeinderat – sowie Kreistag)	77
4.5.5.2	Umlegungsausschuss.	78
4.5.5.3	Bürgermeister.	78
4.5.6	Zweckverbände und sonstige Formen interkommunaler Kooperation	78
4.5.6.1	Zweckverband	79
4.5.6.2	Verwaltungsgemeinschaften	80
4.5.6.3	ARGE und Jobcenter gem. SGB II	80
4.5.7	Hoheitliche Aufgabenerfüllung durch Private (Beliehene/Verwaltungshelfer)	82
4.5.7.1	Überblick	83
4.5.7.2	Beliehene und Verwaltungshelfer.	84
4.5.7.3	Verwaltungswerkzeuge der Eingriffsverwaltung	84
4.5.7.4	Verwaltungswerkzeuge der Daseinsfürsorge	85
4.5.8	Erbringung bautechnischer Nachweise durch „externe“ Prüfer	86
4.5.8.1	Prüftätigkeiten im Allgemeinen	87
4.5.8.2	Prüfingenieure	89
4.5.8.3	Prüfsachverständige.	90
4.5.9	Gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch.	90
4.5.10	Kommunale Krankenhäuser.	91
4.5.11	Gesamtschuldnerische Haftung	91
4.5.12	Haftung öffentlich-rechtlicher Körperschaften untereinander	92
4.5.13	Prozessuale Zurechnung.	92
4.5.14	(Europäisches) Kartell- und Wettbewerbsrecht (UWG, GWB, AUEV)	92
4.5.15	Verkehrssicherungspflichten.	93
4.5.15.1	Anwendbares Haftungsregime und Kritik	93
4.5.15.2	Passivlegitimation	94
4.5.16	Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen des Privatrechts	95

KAPITEL II	
	Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen
	97
1.	Vorbemerkung
	97
2.	Haftung aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen und Sonderverbindungen
	97
2.1	Vorbemerkung
	97
2.2	„Öffentlich-rechtliche“ Geschäftsführung ohne Auftrag
	98
2.3	„Öffentlich-rechtliche“ c. i. c.
	100
2.4	Öffentlich-rechtlicher Vertrag/Sonderverbindung
	100
2.5	Öffentlich-rechtliche Verwahrung
	102
2.6	Darlegungs- und Beweisfragen
	103
2.7	Rechtsweg
	103
3.	Amtshaftung
	104
3.1	Inhalt und Umfang der Amtspflichten
	105
3.1.1	Rechtsquellen der „kommunalen“ Amtspflichten
	105
3.1.2	Gesetzlich geregelte Amtspflichten
	105
3.1.3	Amtspflicht zu rechtmäßigem Handeln
	106
3.1.4	Amtspflicht zu zuständigkeitsgemäßigem Handeln
	106
3.1.5	Amtspflicht zu verfahrensgemäßigem Handeln, insbesondere zur Sachverhaltserforschung
	107
3.1.6	Amtspflicht zur fehlerfreien Ausübung von Ermessens- und Beurteilungsspielräumen
	108
3.1.7	Amtspflicht zu verhältnismäßigem Handeln
	109
3.1.8	Amtspflicht zur Fehlerkorrektur
	109
3.1.9	Amtspflicht zu konsequentem Verhalten
	109
3.1.10	Amtspflicht zu rascher Sachentscheidung
	110
3.1.11	Organisationspflichten als Amtspflichten
	110
3.1.11.1	Personal- und Sachausstattung
	110
3.1.11.2	Wissensmanagement
	111
3.1.11.3	Weitere Organisationspflichten
	112
3.1.12	Gebrauch von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen
	113
3.1.13	Amtspflichten zur Erteilung richtiger Auskünfte, Belehrungen etc.
	114
3.1.14	Ausschreibung und Besetzung öffentlicher Stellen
	114
3.2	Der Schutzzweck der Amtspflichten
	116
3.2.1	Vorbemerkung
	116
3.2.2	Drittgerichtetheit der Amtspflicht
	117
3.2.2.1	Geschützte Dritte
	119
3.2.2.2	Drittgerichtetheit bejaht
	121
3.2.2.3	Drittgerichtetheit verneint
	121

	Seite
3.2.3 Sachliche und inhaltliche Begrenzungen der Amtspflicht (Schutzbereich)	122
3.2.3.1 Grundsätze	122
3.2.3.2 Einzelfälle	122
3.2.4 Verlässlichkeitsgrundlage	124
3.3 Verschulden	125
3.3.1 Grundsatz	125
3.3.2 Die einzelnen Verschuldensformen und ihre praktischen Auswirkungen	125
3.3.3 Verschulden bei unrichtiger Rechtsanwendung	126
3.3.3.1 Grundsatz	126
3.3.3.2 Die Kollegialgerichtsrichtlinie	127
3.3.4 Fehlendes Verschulden	128
3.4 Rechtswidrigkeit	129
3.5 Haftungsausschluss und Haftungsbeschränkungen	129
3.5.1 Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit (Verweisungsprivileg, Subsidiarität)	129
3.5.1.1 Regelungszweck	129
3.5.1.2 Entfallen des Verweisungsprivilegs	130
3.5.1.3 Anforderungen an die „anderweitige Ersatzmöglichkeit“	132
3.5.1.4 Anwendungsbereich des Verweisungsprivilegs in der kommunalen Haftungspraxis	133
3.5.2 Schadenabwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	134
3.5.3 Ausschlusswirkung von Planfeststellungsverfahren	135
3.5.4 Sonstige Haftungsausschlüsse und -beschränkungen	136
3.6 Kausalität und Schaden	137
3.7 Darlegungs- und Beweisfragen	137
3.7.1 Amtspflichtverletzung	137
3.7.2 Verlässlichkeitsgrundlage	137
3.7.3 Verschulden	138
3.7.4 Anderweitige Ersatzmöglichkeit	139
3.7.5 Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	140
3.7.6 Kausalität und Schaden	140
4. Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch	140
4.1 Vorbemerkung und praktische Relevanz	141
4.2 Die Haftungsvoraussetzungen im Überblick	142
4.3 Passivlegitimation der Kommune	143
4.4 Die Verletzung einer unionsrechtlichen Schutznorm	143
4.4.1 Die Feststellung der Schutznormverletzung	143
4.4.2 Kein Anwendungsvorrang nationalen Rechts	145
4.5 Der hinreichend qualifizierte Verstoß	145
4.5.1 Die Anwendung auf kommunaler Ebene, Haftungsmaßstab ..	145

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
4.5.2	Die Kriterien des hinreichend qualifizierten Verstoßes	148
4.5.3	Konsequenzen für die Kommunen	149
4.6	Kausalität	150
4.7	Haftungsausfüllende Kausalität, Vorrang des Primärrechtsschutzes, Subsidiarität, Mitverschulden, Schaden und Rechtsweg	151
5.	Verschuldensunabhängige Entschädigungsansprüche	151
5.1	Überblick und Haftungsregime	151
5.1.1	Entschädigung für rechtmäßiges hoheitliches Handeln	152
5.1.2	Entschädigung für rechtswidriges hoheitliches Handeln	154
5.1.3	Rechtsfolgen und praktische Relevanz	154
5.2	Der enteignungsgleiche Eingriff	155
5.2.1	Begriff des Eingriffs	155
5.2.2	Die eigentumsrechtlich geschützte Position	156
5.2.3	Unmittelbarkeit des Eingriffs	158
5.2.4	Schadensanfälliger Zustand des Eingriffsgegenstands	159
5.2.5	Verstoß gegen die Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz, § 254 BGB	159
5.3	Der enteignende Eingriff	160
5.3.1	Grundsätzliches zum Eingriffstatbestand beim enteignenden Eingriff	160
5.3.2	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen des Gewerbebetriebs	161
5.3.3	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen von Grundstücken	162
5.4	Keine Subsidiarität	163
5.5	Passivlegitimation	164
5.6	Darlegungs- und Beweisfragen	164
5.7	Spezialgesetzliche Entschädigungsregelungen	165
5.7.1	Bundesrecht	165
5.7.1.1	Planfeststellungsbeschlüsse	165
5.7.1.2	BImSchG und WHG	165
5.7.1.3	BauBG	166
5.7.2	Landesrecht, Staatshaftung in den neuen Bundesländern	166
5.7.2.1	Polizeigesetze	166
5.7.2.2	Staatshaftung in den neuen Bundesländern	166
6.	Verjährungsfragen	167
6.1	Vorbemerkung	167
6.2	Grundsätze	168
6.3	Entstehen des Amtshaftungsanspruchs	168
6.4	Kenntnis (grob fahrlässige Unkenntnis) und Zumutbarkeit	169

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6.5	Verjährungshemmung 171
6.5.1	Primärrechtsschutz 171
6.5.1.1	Hemmung durch Vorverfahren 172
6.5.1.2	Keine Hemmung durch Eilverfahren 172
6.5.1.3	Auskünfte 173
6.5.1.4	Keine Hemmung durch Beiladung im Verwaltungsrechtstreit 173
6.5.1.5	Versagung des Einvernehmens 173
6.5.1.6	Weisungsfälle 173
6.5.2	Hemmung durch Verhandlungen. 174
6.6	Die Verjährung weiterer kommunaler Haftpflichttatbestände wegen hoheitlicher Betätigung 174
6.6.1	Ansprüche aus enteignungsgleichem bzw. enteignendem Eingriff, Aufopferung 174
6.6.2	Die Verjährung des gemeinschaftsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs 174
6.6.3	Landesrechtliche Verjährungsvorschriften 175
6.6.4	Verjährung der Ansprüche aus dem StHG-DDR. 175
6.7	Darlegungs- und Beweisfragen. 176

KAPITEL III

Verwaltungsprivatrechtliche Haftung der Kommunen 177

1.	Vorbemerkung 177
1.1	Erscheinungsformen und Grenzen privatwirtschaftlich-fiskalischen Handelns der Kommune 177
1.2	Überblick über die Haftungstatbestände, Praxisrelevanz 178
1.3	Geltung der Grundrechte 178
1.4	Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie 180
2.	Vertragliche und vertragsähnliche Haftung 180
2.1	Kommunale Vertragshaftung 180
2.1.1	Wissensmanagement der Kommune und Wissenszurechnung 180
2.1.1.1	Organwissen. 181
2.1.1.2	Dokumentationspflicht. 182
2.1.1.3	Wissensaufspaltung 182
2.1.2	Darlegungs- und Beweisfragen. 183
2.2	Verschulden bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo). 184
2.2.1	Allgemeines 184
2.2.2	Enttäuschtes Vertrauen infolge Abbruchs der Vertragsverhandlungen 185
2.2.3	Verletzung von Aufklärungs- und Hinweispflichten. 186
2.2.4	Grenzen kommunaler Vertrauenshaftung, Haftungsumfang und Mitverschulden. 190

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
2.2.4.1	Schutzzweck und Kausalität	190
2.2.4.2	Rechtsfolgen und kommunalrechtliche Begrenzung des Haftungsumfangs	191
2.2.4.3	Mitverschulden	192
2.2.5	Darlegungs- und Beweisfragen, Rechtsweg	193
2.3	Störung der Geschäftsgrundlage	193
2.3.1	Geschäftsgrundlage	193
2.3.2	Schwerwiegende Veränderung	194
2.3.3	Risikobetrachtung	195
2.3.4	Vorhersehbarkeit	197
2.3.5	Unzumutbarkeit	197
2.3.6	Rechtsfolgen	198
2.4	Geschäftsführung ohne Auftrag	198
3.	Privatrechtliche Deliktshaftung, §§ 823 ff. BGB.	199
4.	Der nachbarrechtliche Ausgleichsanspruch	200
4.1	Vorbemerkung und Haftungsrisiko für die Kommunen	200
4.2	Anwendbarkeit	201
4.2.1	Abschließende Regelung durch Spezialgesetz	202
4.2.2	Sperrwirkung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen	202
4.2.3	Sperrwirkung von Planfeststellungsbeschlüssen	203
4.3	Entschädigung gem. § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	204
4.3.1	Wesentliche bzw. unzumutbare Beeinträchtigung	204
4.3.2	Ortsübliche Benutzung des störenden Grundstücks	205
4.4	Entschädigung gem. § 906 Abs. 2 S. 2 BGB analog	205
4.4.1	Überblick	205
4.4.2	Anspruchsvoraussetzungen und Praxisrelevanz	206
4.4.2.1	Begriff der Einwirkung	206
4.4.2.2	Erfordernis der Grundstücksbezogenheit der Beeinträchtigung	207
4.4.2.3	Grundsätzliche Abwehrmöglichkeit und ihre fehlende Durchsetzbarkeit (faktischer Duldungszwang)	208
4.5	Aktiv- und Passivlegitimation	209
4.5.1	Passivlegitimation	209
4.5.1.1	Störereigenschaft und Zurechnung	209
4.5.1.2	Person des Grundstücksnutzers	211
4.5.1.3	Haftungsverteilung bei mehreren Ausgleichspflichtigen	211
4.5.2	Aktivlegitimation	212
4.6	Ausgleichspflicht und Rechtsfolgen	212
4.7	Darlegungs- und Beweisfragen	213
5.	Haftung nach dem AGG	213
5.1	Aktivlegitimation	215

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
5.1.1	Beschäftigte	215
5.1.2	Bewerber und Scheinbewerbungen	216
5.2	Passivlegitimation	217
5.2.1	Arbeitgeber.	217
5.2.2	Zurechnung des Verhaltens Dritter	217
5.3	Das Benachteiligungsverbot des § 7 Abs. 1 AGG	218
5.3.1	Vergleichbare Situation	218
5.3.2	Indizien für eine Benachteiligung	220
5.3.2.1	Stellenanzeigen.	220
5.3.2.2	Benachteiligungen von Schwerbehinderten	221
5.3.2.3	Statistik als Indiz	223
5.3.2.4	Auskunftsanspruch	223
5.3.3	Beweislastumkehr	224
5.3.4	Rechtfertigung	225
5.4	Schadenersatzverpflichtung nach § 15 Abs. 1 AGG	225
5.5	Entschädigungsanspruch nach § 15 Abs. 2 AGG.	227
5.6	Ausschlussfristen	228
5.7	Konkurrierende Ansprüche	230
6.	Urheber-, Kennzeichen- und Markenrechte	230
6.1	Verletzung von Urheberrechten.	231
6.1.1	Verletzung der Urheberrechte des Architekten	231
6.1.1.1	Urheberrechtliche Schutzfähigkeit des Bauwerks	232
6.1.1.2	Schutz der Werkintegrität	233
6.1.1.3	Rechtsfolgen.	236
6.1.2	Sonstige Urheberrechtsverletzungen durch die öffentliche Hand	238
6.2	Verletzungen von Namens-, Kennzeichen- und Markenrechten	240
6.2.1	Namens- und Kennzeichenrechte	240
6.2.1.1	Anspruchsvoraussetzungen	240
6.2.1.2	Rechtsfolgen.	242
6.2.2	Markenrechte.	242
7.	Wettbewerbsrecht der Kommunen	243
7.1	Übersicht	243
7.1.1	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	245
7.1.1.1	Haftungsregime und -subjekt, Rechtsweg	245
7.1.1.2	Fallgruppen kommunaler Haftungsrisiken und Rechtsfolgen	248
7.1.2	Kartellrecht (GWB).	252
7.1.2.1	Haftungsregime und -subjekt, Rechtsweg	252
7.1.2.2	Fallgruppen kartellrechtlicher kommunaler Haftungsrisiken.	254
7.1.2.3	Rechtsfolgen.	257

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7.1.2.4	Fusionskontrolle 257
7.2	Europäisches Beihilfenrecht 258
7.2.1	Anwendungsbereich 258
7.2.2	Unzulässige Beihilfen i. S. d. AEUV 259
7.2.2.1	„De-minimis“-Beihilfen/ Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung 261
7.2.2.2	Marktkonforme Begünstigungen 261
7.2.2.3	Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge 262
7.2.2.4	Ausnahmsweise fehlender grenzüberschreitender Bezug. 263
7.2.3	Rechtsfolgen und Rechtsweg. 264
8.	Die Vergabe öffentlicher Aufträge 264
8.1	Vergabeverfahren gem. §§ 97ff. GWB 266
8.1.1	Allgemeine Vorgaben 266
8.1.2	Schwellenwerte 266
8.1.3	Kommunen und kommunale Einrichtungen als öffentliche Auftraggeber 268
8.1.4	Öffentlicher Auftrag. 269
8.1.4.1	Definition 269
8.1.4.2	Verkauf und Erwerb von Grundstücken, Bauverträge und -konzessionen, städtebauliche Planung und Erschließung. 270
8.1.4.3	Dienstleistungsauftrag – Dienstleistungskonzession – öffentlich-private Partnerschaften. 272
8.1.4.4	„Inhouse-Geschäfte“ – Interkommunale Zusammenarbeit 274
8.1.5	Arten der Vergabe. 278
8.1.6	Wahl der richtigen Vertragsordnung. 278
8.1.7	Die Bekanntmachung. 279
8.1.8	Die Angebotswertung 280
8.1.8.1	Ausschlussgründe. 281
8.1.8.2	Die Eignungsprüfung. 281
8.1.8.3	Die Angemessenheit der Preise 283
8.1.8.4	Der Zuschlag. 284
8.1.9	Mitwirkung Dritter am Vergabeverfahren – Interessen- kollision. 285
8.1.10	Dokumentation und Vorabinformation 286
8.1.11	Aufhebung des Vergabeverfahrens 287
8.1.12	Das Nachprüfungsverfahren 288
8.1.13	Schadenersatz 290
8.2	Vergabeverfahren außerhalb des GWB. 291
8.2.1	Auftragsvergabe mit Binnenmarktrelevanz 292
8.2.2	Rechtsnatur und Bindungswirkung der Vertragsordnungen 293
8.2.3	Haftung des Auftraggebers bei Vergabefehlern. 294
8.2.4	Prozessuale Besonderheiten. 294

9.	Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für die Beteiligung an kommunalen Unternehmen des Privatrechts	295
9.1	Grundsatz.....	295
9.2	Durchgriffshaftung der Kommune als GmbH-Gesellschafterin	297
9.2.1	Grundsatz.....	297
9.2.2	Fallgruppen der Durchgriffshaftung	299
9.2.2.1	Vermögensvermischung	299
9.2.2.2	Unterkapitalisierung	300
9.2.2.3	Existenzvernichtungshaftung	302
9.2.2.4	Haftung aus Konzernrecht	304
9.3	Durchgriffshaftung der Kommune bei Beteiligung an AG ...	305
9.3.1	Grundsatz.....	305
9.3.2	Fallgruppen	306
9.3.2.1	Vermögensvermischung	306
9.3.2.2	Haftung aus Konzernrecht	307
9.3.2.3	Existenzvernichtungshaftung	309
9.3.3	Andere Haftungstatbestände	310
9.4	Darlegungs- und Beweisfragen.....	311
10.	Gesamtschuldnerausgleich zwischen kommunalen Körperschaften	312

KAPITEL IV

Gefährdungshaftung der Kommunen 315

1.	Vorbemerkung	315
2.	Haftpflichtgesetz (HPfIG)	316
2.1	Vorbemerkung	316
2.2	Die Haftung des Bahnunternehmers	316
2.2.1	Vorbemerkung und Passivlegitimation	316
2.2.2	Begriff des Betriebs	317
2.2.3	Ausschluss der Haftung	318
2.2.4	Mitverschulden	320
2.2.5	Rechtsfolgen und Grenzen der Haftung	321
2.2.6	Darlegungs- und Beweisfragen, Kausalität	322
2.3	Die Anlagenhaftung	323
2.3.1	Haftungstatbestände	323
2.3.2	Anlagenbegriff	323
2.3.3	Inhaber der Anlage	324
2.3.4	Wirkungshaftung	325
2.3.4.1	Anspruchsvoraussetzungen	325

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
2.3.4.2	Reichweite der Haftung	326
2.3.5	Zustandshaftung	326
2.3.6	Ausschluss der Ersatzpflicht	327
2.3.7	Mitverschulden	329
2.3.8	Rechtsfolgen	329
2.3.9	Darlegungs- und Beweisfragen; Kausalität	329
2.4	Haftungsbegrenzung	330
3.	Straßenverkehrsgesetz (StVG)	331
3.1	Vorbemerkung und Passivlegitimation	331
3.2	Haftungsvoraussetzungen	331
3.2.1	Halterhaftung	331
3.2.2	Fahrerhaftung	332
3.3	Begriff des „Kraftfahrzeugs“	333
3.4	Haftungsausschluss bei „höherer Gewalt“	333
3.4.1	Grundsätze	333
3.4.2	„Höhere Gewalt“ bei Mäharbeiten der Kommune an Straßen	333
3.5	Sonderrechte	335
3.6	Versicherungspflicht	336
3.7	Haftungsausschluss	337
4.	Die Haftung der Kommune für Umwelteinwirkungen	337
4.1	Vorbemerkung	338
4.2	Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG)	338
4.2.1	Vorbemerkung	338
4.2.2	Begriff der „Anlage“ und Passivlegitimation	339
4.2.3	Umwelteinwirkung	340
4.2.4	Kausalität	342
4.2.5	Haftungsumfang	343
4.2.6	Darlegungs- und Beweisfragen	345
4.3	Exkurs: Umweltschadengesetz (USchadG)	346
4.3.1	Vorbemerkung	346
4.3.2	Gesetzeszweck und Praxisrelevanz für die Kommunen	347
4.3.3	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	347
4.4	Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	350
4.4.1	Vorbemerkung	350
4.4.2	Verhaltenshaftung nach § 89 Abs. 1 WHG	351
4.4.2.1	Haftungs begründende Handlung	352
4.4.2.2	Haftung von Abwasserverbänden	353
4.4.3	Anlagenhaftung nach § 89 Abs. 2 WHG	354
4.4.3.1	Haftungs begründende Handlung	354
4.4.3.2	Ausschluss der Haftung bei höherer Gewalt	356
4.4.4	Inhalt und Umfang der Haftung nach § 89 WHG	357

KAPITEL V	
Kausalität, Mitverschulden, Schaden und Entschädigung	359
1. Allgemeines	359
2. Kausalität und Zurechnung	360
2.1 Grundlagen, insbesondere haftungsbegründende und -ausfüllende Kausalität	360
2.2 Amtshaftung	361
2.2.1 Grundsätze	361
2.2.2 Darlegungs- und Beweisfragen	362
2.2.3 Die Bestimmung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entscheidung	363
2.2.4 Unterlassung und Verzögerung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entschädigung	365
2.2.5 Die Reichweite der fiktiven Kausalitätsprüfung	365
2.2.6 Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	366
2.3 Deliktsrecht gem. § 823 BGB	368
2.4 Gefährdungshaftung	368
2.5 Vertragliche, vertragsähnliche Haftung	368
2.6 Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	369
2.7 Mitverschulden in Form der Mitverursachung	369
2.7.1 Grundsätze	369
2.7.2 Darlegungs- und Beweisfragen	371
2.7.3 Zurechnung fremder Mitverursachung, insbesondere des gesetzlichen Vertreters	371
2.7.3.1 Vorbemerkung	371
2.7.3.2 Aufsichtspflichtverletzung und Haftungsmaßstab	372
2.7.3.3 Voraussetzungen der Zurechnung des Verhaltens der Aufsichtspflichtigen	372
2.7.3.4 Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter als Sonderverbindung	374
2.7.3.5 Darlegungs- und Beweisfragen	375
3. Schadenersatz	375
3.1 Grundsätze kommunaler Haftung auf Schadenersatz	375
3.1.1 Vermögensschäden und Vermögensfolgeschäden	377
3.1.2 Sach- und Personenschäden	379
3.1.3 Der Ersatz des negativen und positiven Interesses	379
3.2 Typische Schadenpositionen kommunaler Haftung	380
3.2.1 Vorbemerkung	380
3.2.2 Beschädigung und Reparatur von Gebäuden	380
3.2.2.1 Vorbemerkung	380
3.2.2.2 Ersetzungsbefugnis beim wirtschaftlichen Totalschaden	381

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
3.2.2.3	Der Ersatz des merkantilen Minderwerts	382
3.2.2.4	Nutzungsentschädigung	384
3.2.3	Entgangener Gewinn/Verdienstausfall	384
3.2.3.1	Vorbemerkung	384
3.2.3.2	Entgangener Gewinn bei „faktischer“ Bausperre	385
3.2.3.3	Verdienstausfall bei Unfallverletzungen Selbständiger	386
3.2.3.4	Entgangener Gewinn bei Nutzungsuntersagung bzw. verweigerter Nutzungsänderung	386
3.2.3.5	Anlagezinsschaden	386
3.2.3.6	Darlegungs- und Beweisfragen	387
3.2.4	Weitere praxisrelevante Schadenpositionen	388
3.2.4.1	Immaterielle Schäden/Schmerzensgeld.	388
3.2.4.2	Schäden an Pflanzen.	389
3.2.4.3	Umsatzsteuer	390
3.2.4.4	Weitere praxisrelevante Beispiele aus der Rechtsprechung.	390
3.3	Verstoß gegen die Schadenminderungspflicht	390
3.3.1	Allgemeines zur Schadenabwendung und -minderung.	391
3.3.2	Darlegungs- und Beweisfragen	392
4.	Die Enteignungsentschädigung	392
4.1	Grundsätze	392
4.2	Vollentziehung des Eigentums	393
4.3	Teilentziehung (Wertbeeinträchtigung) auf Dauer	394
4.4	Ertragsverluste	394
4.5	Grundstücke	395
4.5.1	Vorübergehende Nutzungsbeeinträchtigung	395
4.5.2	Dauerhafte Nutzungsbeeinträchtigung	395
4.5.3	Merkantiler Minderwert	396
4.6	Schmerzensgeld.	396

Teil B

Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung	397
---	------------

KAPITEL I

Verkehrssicherungspflichtverletzungen	399
--	------------

1. Allgemeines	399
1.1 Umfang der Verkehrssicherungspflicht	400
1.1.1 Verkehrseröffnung und Widmung	400
1.1.2 Gefahren außerhalb der Verkehrseröffnung	402
1.1.3 Verkehrssicherungspflichten gegenüber Kindern	402
1.1.4 Gefahrverursachung durch Dritte.	404
1.1.5 Hinweis- und Warnpflichten.	405
1.1.6 Abstrakte Gefahren	406

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1.1.7	Verstoß gegen Schutzbestimmungen 407
1.1.8	Überprüfung bestehender Sicherheitsmaßnahmen. 408
1.2	Verpflichteter 408
2.	Straßenverkehrssicherungspflicht. 409
2.1	Verantwortlichkeit für den Straßenzustand 411
2.1.1	Kontrollpflichten. 414
2.1.2	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr. 415
2.1.2.1	Gefahren durch Schlaglöcher 416
2.1.2.2	Gefahren durch Kanaldeckel 417
2.1.2.3	Straßenbankette 419
2.1.2.4	Verkehrsberuhigende Maßnahmen 422
2.1.2.5	Freihaltung des Luftraums über der Straße. 426
2.1.2.6	Beleuchtung der Straßen und Wege 427
2.1.2.7	Parkhäuser und Parkplätze. 428
2.1.2.8	Verantwortlichkeit gegenüber Radfahrern 429
2.1.3	Verantwortlichkeit gegenüber dem Fußgängerverkehr 430
2.1.3.1	Unebenheiten. 431
2.1.3.2	Beleuchtung der Gehwege 434
2.1.3.3	Verunreinigungen 434
2.1.4	Mitverschulden 435
2.1.4.1	Fußgänger. 435
2.1.4.2	Fahrzeugführer 436
2.1.4.3	Radfahrer 436
2.1.5	Darlegungs- und Beweisfragen. 437
2.2	Räum- und Streupflicht. 437
2.2.1	Sachlicher Umfang der Räum- und Streupflicht. 438
2.2.1.1	Zeitliche Grenzen 442
2.2.1.2	Wahl der Streumittel 444
2.2.2	Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr. 445
2.2.2.1	Verkehrswichtige Straßen 446
2.2.2.2	Gefährliche Stellen. 447
2.2.2.3	Einmündungsbereiche. 448
2.2.2.4	Parkplätze. 449
2.2.2.5	Radfahrer 449
2.2.3	Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr 450
2.2.3.1	Gehwege und Gehbahnen. 451
2.2.3.2	Fußgängerüberwege 452
2.2.3.3	Außerörtliche Gehwege 453
2.2.3.4	Parkplätze. 453
2.2.3.5	Fußgängerzonen 454
2.2.3.6	Bushaltestellen 454
2.2.4	Organisationspflichten 455

	Seite	
2.2.5	Übertragung von Sicherungspflichten auf Anlieger	457
2.2.5.1	Satzungen und Rechtsverordnungen	457
2.2.5.2	Inhalt und Umfang der Übertragung	458
2.2.5.3	Überwachungspflichten	460
2.2.5.4	Besonderheiten in einigen Bundesländern	461
2.2.6	Mitverschulden	462
2.2.7	Darlegungs- und Beweisfragen	463
2.3	Straßenbäume	466
2.3.1	Zum Begriff Straßenbaum	467
2.3.2	Träger der Verkehrssicherungspflicht	467
2.3.3	Umfang und Grenzen der Verkehrssicherungspflicht für Straßenbäume	468
2.3.4	Intervalle und Inhalt von Baumkontrollen	471
2.4	Bauarbeiten	474
2.4.1	Absicherung, Beschilderung	475
2.4.1.1	Fehlschaltung von Baustellenampeln	477
2.4.1.2	Mobile Verkehrsschilder	477
2.4.2	Tiefbauarbeiten, Schäden an Versorgungsleitungen	478
2.4.3	Verschmutzungen	480
2.5	Verkehrsregelungspflicht	480
3.	Gebäude und öffentliche Einrichtungen	483
3.1	Gebäude	483
3.1.1	Fußböden	484
3.1.2	Treppen	486
3.1.3	Lichtschachtabdeckungen	486
3.1.4	§ 836 BGB	487
3.2	Sport- und Freizeiteinrichtungen	487
3.3	Spielplätze	489
3.3.1	Anforderungen an Spiel- und Sportgeräte	490
3.3.2	DIN-Vorschriften	491
3.3.3	Kontrollen und Dienstanweisungen	493
3.3.4	Abenteuerspielplätze	494
3.3.5	Mitverschulden	494
3.4	Kindergärten und Schulen	495
3.4.1	Umfang der Verkehrssicherungspflicht	495
3.4.2	Haftungsausschluss	495
3.4.3	Wirkungen des Haftungsausschlusses gegenüber Dritten	497
3.5	Dachlawinen	499
3.6	Schwimmbäder, Seen und sonstige Wasserflächen	502
3.6.1	Sicherheitstechnische Anforderungen bei Planung und Bau von Schwimmbädern	503

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
3.6.2	Sicherheitstechnische Anforderungen an den Betrieb von Schwimmbädern	506
3.6.3	Badeaufsicht	507
3.6.4	Verkehrssicherungspflichten für Bade- und Baggerseen	510
3.6.5	Verkehrssicherungspflichten bei sonstigen Wasserflächen	511
3.7	Friedhöfe	513
4.	Wald	516
 KAPITEL II Öffentliches Baurecht		
		521
1.	Vorbemerkung	521
2.	Gesetzliche Grundlagen	522
3.	Das Recht auf Baufreiheit.	523
4.	Überblick über die Haftungsproblematik	524
5.	Bauplanungsrecht	524
5.1	Unwirksamer Bebauungsplan	526
5.1.1	Planungsfehler als selbständiger Haftungstatbestand	527
5.1.2	Drittgerichtetheit der Amtspflicht	528
5.1.3	Amtspflichten im Zusammenhang mit dem Abwägungsgebot	530
5.1.3.1	Der Grundsatz der Konfliktbewältigung	531
5.1.3.2	Der Trennungsgrundsatz	532
5.1.3.3	Die Belange des Hochwasserschutzes	532
5.1.3.4	Das interkommunale Abstimmungsgebot.	533
5.1.4	Plangewährleistung/Baugrundrisiken	533
5.1.5	Sonderfall: Überplanung kontaminierter Grundstücke (Altlasten).	534
5.1.5.1	Ausweisung kontaminierter Flächen als Amtspflicht- verletzung.	535
5.1.5.2	Objektiver Sorgfaltsmaßstab	536
5.1.5.3	Wohn- und Arbeitsbevölkerung als „Dritte“	537
5.1.5.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	540
5.1.5.5	Umfang des zu ersetzenden Schadens	541
5.1.5.6	Keine Haftung nach Enteignungsgrundsätzen	542
5.1.5.7	Keine Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz	543
5.1.5.8	Parallelfall: Bergschäden	543
5.2	Rechtswidriger Flächennutzungsplan	544
5.3	Haftung für die Aufgabe und Änderung der Plankonzeption	545
5.3.1	Rechtlicher Ausgangspunkt des BGH.	546
5.3.2	Amtshaftung.	547

	Seite
5.3.3	Vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche 548
5.3.3.1	Vertragliche Ansprüche 548
5.3.3.2	Vertragsähnliche Ansprüche 549
5.4	Planungsschäden gem. §§ 39 bis 42 BauGB 550
5.5	Sicherung der Bauleitplanung 552
5.5.1	Unwirksame Veränderungssperren 553
5.5.1.1	Amtshaftung 554
5.5.1.2	Enteignungsgleicher Eingriff 556
5.5.1.3	Entschädigung gem. § 18 BauGB 557
5.5.2	Rechtswidrige Zurückstellung 558
5.5.3	Faktische Bausperren durch individuelles Fehlverhalten 559
6.	Bauverwaltungsakte 559
6.1	Genehmigungsfreie Bauvorhaben 560
6.2	Die Versagung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung 561
6.2.1	Amtspflichten im Kontext der Versagung 562
6.2.2	Haftung für fehlerhafte Prüfleistungen von Prüflingenieuren und -sachverständigen 562
6.2.3	Geschützter Dritter bei rechtswidriger Versagung 563
6.2.4	Verschuldensmaßstab/Normverwerfungskompetenz 565
6.2.5	Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels 567
6.2.6	Umfang des zu ersetzenden Schadens 567
6.2.7	Landesrechtliche Sonderbestimmungen 568
6.3	Der verzögerte Erlass von Bauverwaltungsakten 570
6.3.1	Vorbemerkung 570
6.3.2	Begriff der Verzögerung, Wirkungen 570
6.3.3	Der zulässige Bearbeitungszeitraum 572
6.3.4	Amtshaftung 573
6.3.5	Enteignungsgleicher Eingriff 574
6.4	Die rechtswidrige Erteilung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung 574
6.4.1	Geschützter „Dritter“ bei rechtswidriger Erteilung 575
6.4.2	Sachliche und inhaltliche Begrenzungen der Amtspflicht 576
6.4.3	Mitverschulden des Begünstigten 579
6.4.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit 580
6.4.5	Sonderfall: Rechtswidrige Erteilung einer Baugenehmigung für ein altlastenverseuchtes Grundstück und bei Bergschäden 581
6.5	Die rechtswidrige Rücknahme von Bauvorbescheid und Baugenehmigung 583
7.	Die Erteilung und Versagung des Einvernehmens 584
7.1	Baugenehmigungsbehörde und Gemeinde 586
7.2	Die Erteilung des Einvernehmens 587

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7.3	Die Versagung des Einvernehmens 587
7.3.1	Ausgangspunkt: Die Rechtslage bis 1998 588
7.3.2	Die Ersetzung des Einvernehmens 590
7.3.2.1	Haftungsrechtliche Konsequenzen der Ersetzungsbefugnis. . . 591
7.3.2.2	Ersetzungsbefugnis und Normverwerfungskompetenz 592
7.3.3	Verbliebene Haftungsrisiken trotz Ersetzungsbefugnis. 594
7.3.3.1	Verzögerung aufgrund der Einvernehmensersetzung 594
7.3.3.2	Verzögerung durch Rechtsmittel der Kommune 595
7.3.3.3	Spezielle landesgesetzliche Regelungen. 596
7.3.4	Die Haftungssituation bei fehlender Ersetzungsbefugnis 597
7.3.4.1	Amtshaftungsansprüche 598
7.3.4.2	Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff. 599
8.	Fehlerhafte Auskünfte und fehlende Hinweise 600
8.1	Fehlerhafte Auskünfte. 600
8.2	Fehlende Hinweise und Belehrungen 602
9.	Kausalitäts- und Zurechnungsprobleme 603
9.1	Vorbemerkung 603
9.2	Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens 604
9.2.1	Veränderungssperre und Zurückstellung 604
9.2.2	Bebauungs- und Flächennutzungsplan 607
9.2.3	Verzögerung. 607
9.3	Mitverursachung (mitwirkendes Verschulden). 607
10.	Prozessuale Besonderheiten 608
KAPITEL III	
Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz	
	611
1.	Vorbemerkung und Übersicht 612
2.	Schäden durch (ungefasstes) Niederschlagswasser. 613
2.1	Amtshaftung. 614
2.1.1	Fehlendes Entwässerungssystem 615
2.1.2	Unzureichendes Entwässerungssystem. 617
2.1.2.1	Amtspflichten bei Planung und Errichtung von Entwässerungsmaßnahmen. 617
2.1.2.2	Amtspflichten bei der Wartung und Unterhaltung 621
2.1.2.3	Verpflichtung zur Anpassung. 622
2.1.3	Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten 622
2.1.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit 623
2.2	Ansprüche nach dem Haftpflichtgesetz 625
2.2.1	Anwendungsbereich des Haftpflichtgesetzes 625
2.2.2	Passivlegitimation 626

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.2.3	Höhere Gewalt 627
2.3	Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche. 628
2.4	Ansprüche aus Nachbarrecht 630
2.5	Reaktionspflicht auf den Klimawandel. 630
3.	Schäden durch ausuferndes Oberflächenwasser 633
3.1	Gewässerunterhaltung und Verkehrssicherungspflicht. 634
3.1.1	Gewässerunterhaltung 634
3.1.2	Haftungsregime 635
3.1.3	Allgemeine Verkehrssicherungspflicht 636
3.2	Gewässerausbau 638
3.2.1	Unterlassener Ausbau 638
3.2.2	Mangelhafter Ausbau 639
3.3	Hochwasserschutz 640
3.3.1	Vorgaben des WHG 641
3.3.2	Hochwasserwarnpflicht. 644
4.	Haftung für schadhafte Entwässerungs- oder Schmutzwasserkanäle 645
4.1	Schäden durch austretendes Wasser 645
4.2	Rückstauschäden 647
4.2.1	Pflicht zum Einbau von Rückstausicherungen 648
4.2.2	Keine Haftung nach dem Haftpflichtgesetz. 649
4.2.3	Amtshaftung bei fehlender Rückstausicherung. 651
4.2.4	Ausgleichsansprüche bei Rückstau. 653
4.2.5	Haftungsausschlüsse in kommunalen Entwässerungs- satzungen. 654
5.	Mitverschulden 655
5.1	Vorsorgemaßnahmen 655
5.2	Schadenminderungspflicht. 656
5.3	Anspruchsminderung wegen schadenanfälliger Lage der Grundstücke. 657
6.	Darlegungs- und Beweisfragen. 657
6.1	Nicht gefasstes Wasser 657
6.1.1	Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten 657
6.1.2	Verschulden. 660
6.2	Gefasstes Wasser. 661
KAPITEL IV	
Kommunikationshaftung	
	663
1.	Vorbemerkung. 663
2.	Haftung für Auskünfte, Hinweise und Zusagen 663
2.1	Vorbemerkung 663

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
2.2	Haftung für Auskünfte und Hinweise.	664
2.2.1	Begriff der Auskunft	664
2.2.2	Entstehen der informatorischen Amtspflichten	665
2.2.3	Inhalt und personale Reichweite der informatorischen Amtspflichten.	666
2.2.4	Verschulden	668
2.2.5	Verlässlichkeitsgrundlage/Vertrauensschutz.	668
2.3	Umfang des ersatzfähigen Schadens	669
2.4	Mitverursachung i.S.d. § 254 Abs. 1 BGB	670
2.5	Haftung für Zusagen und Zusicherungen.	671
2.6	Verjährung	672
3.	Haftung für behördliche Warnungen und Hinweise mit Eingriffscharakter.	672
3.1	Vorbemerkung	673
3.2	Informatorische Eingriffsbefugnisse, insbesondere nach dem ProdSG, LFGB und VIG	674
3.3	Amtspflichten im Kontext behördlicher Warn- und Informationsbefugnisse.	676
3.4	Die Haftung der Kommunen für Auskünfte gegenüber der Presse.	677
4.	Die Haftung der Kommune für Ehrverletzungen.	678
4.1	Überblick	679
4.2	Haftungsregime und Passivlegitimation	679
4.3	Die einzelnen Ehrschutzansprüche	681
4.3.1	Vorbemerkung	681
4.3.2	Grenzen des Ehrschutzes	681
4.3.3	Ansprüche auf Unterlassung und Widerruf	682
4.3.3.1	Abgrenzung zwischen Werturteil und Tatsachenbehauptung.	682
4.3.3.2	Öffentlich-rechtliche Unterlassungs- und Widerrufsansprüche	683
4.3.3.3	Zivilrechtliche Unterlassungs- und Widerrufsansprüche	686
4.3.4	Schadenersatzansprüche	688

KAPITEL V

Kommunale Baumaßnahmen, Daseinsfürsorge, Gefahrenabwehr

		689
1.	Vorbemerkung	689
2.	Die Haftung der Kommune für Baumaßnahmen	689
2.1	Arbeiten in und an Straßen.	690
2.1.1	Vorbemerkung	690
2.1.2	Haftungsregime und Passivlegitimation	690

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
2.1.2.1	Grundsätze und ihre Ausnahme (Werkzeugtheorie)	690
2.1.2.2	Fallgruppen und Kritik	692
2.1.2.3	Sonderfall Anschluss- und Benutzungsverhältnisse	695
2.1.3	Mögliche Anspruchsgrundlagen	695
2.1.3.1	Amts- und Deliktshaftung	695
2.1.3.2	Enteignungs- und Ausgleichsansprüche	696
2.1.4	Ausschlusswirkung von Planfeststellungsverfahren	697
2.1.5	Fallgruppen kommunaler Haftung für Straßen- und Kanalbaumaßnahmen	698
2.1.5.1	Nutzungseinschränkungen	698
2.1.5.2	Lärm	700
2.1.5.3	Tiefbauarbeiten und Versorgungsleitungen	700
2.1.5.4	Schäden durch die nachteilige Erhöhung des Grundwasserstands	701
2.1.5.5	Setzungsschäden	704
2.1.5.1	Schäden durch die nachteilige Veränderung der Oberflächenabflussverhältnisse	706
2.1.5.2	Schäden durch Verkehrssicherungspflichtverletzungen	707
2.2	Gewässerausbau	707
2.3	Die Haftung der Kommune als private Bauherrin in sonstigen Fällen	708
3.	Wasser- und Energieversorgung	708
3.1	Wasserversorgung	708
3.1.1	Vorbemerkung, Haftungsregime und praxisrelevante Fallgruppen	708
3.1.2	Vertragliche Ansprüche der Anschlussnehmer	709
3.1.3	Sonstige Ansprüche, insbesondere von Dritten	710
3.1.4	Amtshaftung und zivilrechtliche Deliktshaftung	712
3.2	Energieversorgung	712
4.	Müllabfuhr, Abfallbeseitigung	714
4.1	Vorbemerkung	714
4.2	Müllabfuhr	715
4.2.1	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindung	715
4.2.2	Gefährdungshaftung	716
4.3	Verschrottung	717
4.4	Haftung für kommunale Deponien und Wertstoffhöfe	718
4.4.1	Errichtung und Betrieb der Deponie	718
4.4.2	Verkehrssicherungspflichten	719
5.	Verantwortlichkeit für in Obhut genommene Personen	720
5.1	Pflichten des Jugendamts	721
5.1.1	Inobhutnahme	721

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
5.1.2	Beistandschaft, Amtsvormundschaft	722
5.1.3	Darlegungs- und Beweisfragen.	725
5.2	Aufsichtspflichten in Kindergärten und Schulen	725
5.2.1	Anspruchsgrundlagen	725
5.2.2	Umfang der Aufsichtspflicht	727
6.	Haftung für Schäden durch Tätigkeiten zur Gefahrenabwehr	729
6.1	Vorbemerkung	729
6.2	Feuerwehr.	730
6.2.1	Haftungsregime	730
6.2.2	Passivlegitimation	731
6.2.2.1	Die Einstandspflicht der öffentlichen Hand.	731
6.2.2.2	Die Einstandspflicht des Feuerwehrvereins	732
6.2.3	Anspruchsgrundlagen	733
6.2.3.1	Amtshaftung gem. § 839 BGB, Art 34 GG.	733
6.2.3.2	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	735
6.2.3.3	Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	735
6.2.3.4	Enteignungs- und Aufopferungsansprüche	736
6.2.3.5	§ 7 StVG	736
6.2.4	Haftungsbeschränkungen	737
6.2.5	Haftungsausschluss	738

KAPITEL VI

Kommunales Heil- und Pflegewesen 739

1.	Die Haftung der Kommune für ärztliche Kunstfehler	739
1.1	Vorbemerkung	739
1.2	Die Verantwortlichkeit der Kommunen als Kranken- hausträger	741
1.2.1	Vertragliche Haftung.	742
1.2.1.1	Der totale Krankenhausvertrag	744
1.2.1.2	Der gespaltene Arzt-Krankenhausvertrag.	745
1.2.2	Deliktische Haftung	748
1.2.2.1	Haftung für Organe.	749
1.2.2.2	Haftung für Verrichtungsgehilfen	749
1.2.2.3	Haftung beamteter Ärzte	751
1.2.2.4	Haftung für Durchgangsarzte (D-Ärzte)	752
1.3	Die Haftung für Aufklärungs- und Behandlungsfehler.	753
1.4	Organisations-, Überwachungs- und Dokumentations- pflichten	754
1.4.1	Organisationspflichten	755
1.4.2	Überwachung.	758

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1.4.3	Dokumentation 759
1.5	Beweisfragen 761
2.	Verkehrssicherungspflichten in Krankenhäusern und Pflegeheimen 764
2.1	Verhinderung von Stürzen 765
2.1.1	Der sturzgefährdete Patient 765
2.1.2	Sturz aufgrund Fremdeinwirkung 768
2.2	Schutz von suizidgefährdeten Patienten 770
2.3	Weitere Verkehrssicherungspflichten 772
3.	Verwahrungspflichten des Krankenhauses 773
4.	Sonstige Amtspflichtverletzungen 774

Teil C

Risikofelder persönlicher Haftung im kommunalen Kontext	777
--	-----

KAPITEL I

Die persönliche Außen- und Rückgriffshaftung von Amtsträgern und der Hilfspersonen der öffentlichen Hand	779
---	-----

1.	Vorbemerkung 779
2.	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten 780
2.1	Die Haftung der kommunalen Beamten im statusrechtlichen Sinn 780
2.2	Die Haftung von kommunalen Arbeitern, Angestellten s owie ehrenamtlich tätigen Personen 781
2.3	Außenhaftung von Beliehenen, Verwaltungshelfern und sonstigen Hilfspersonen 782
2.4	Praxisrelevante Fallgruppen persönlicher Außenhaftung 782
2.4.1	Ehrkränkende Äußerungen 782
2.4.2	Haftungsanerkennnis durch den Bürgermeister 783
2.4.3	Haftung der Gemeinderäte für Verstöße gegen das kommunale Vertretungsverbot 784
3.	Die persönliche Haftung gegenüber dem Dienstherrn 785
3.1	Überblick 785
3.2	Die persönliche Rückgriffshaftung kommunaler (Wahl)Beamter und ehrenamtlicher Mandatsträger 786
3.2.1	Die persönliche Rückgriffshaftung der Beamten im statusrechtlichen Sinne 786
3.2.1.1	Rechtliche Grundlagen der Inanspruchnahme 786
3.2.1.2	Die Haftungsbeschränkung gem. Art. 34 S. 2 GG 787
3.2.1.3	Die Durchsetzung des Rückgriffsanspruchs 788

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
3.2.2	Die persönliche Rückgriffshaftung der kommunalen Wahlbeamten	788
3.2.3	Die persönliche Rückgriffshaftung ehrenamtlich tätiger Personen	789
3.2.4	Verjährung der Rückgriffsansprüche	791
3.3	Die persönliche Rückgriffshaftung kommunaler Arbeiter und Angestellter	791
3.3.1	Rückgriff aus Arbeitsvertrag	792
3.3.2	Rückgriff durch Gesamtschuldnerausgleich	792
3.3.3	Anspruchsausschluss	793
3.4	Sonderfall: Rückgriff bei Verkehrsunfällen	793
3.5	Die persönliche Rückgriffshaftung von Beliehenen, Verwaltungshelfern und sonstigen Hilfspersonen	794
3.5.1	Grundsätze	794
3.5.2	Anspruchsgrundlagen	795
3.6	Rechtsweg	796

KAPITEL II

Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in kommunalen Unternehmen und Mitgliedschaften in Vereinen sowie Parteien

	799
1. Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in Kapitalgesellschaften	799
1.1 Vorbemerkung	799
1.2 Die persönliche Haftung der Leitungs- und Kontroll- organe der kommunalen GmbH	800
1.2.1 Haftung der Geschäftsführer	801
1.2.1.1 Die persönliche Haftung gegenüber der GmbH (Innenhaftung)	801
1.2.1.2 Pfändung der Innenhaftungsansprüche durch Gläubiger	803
1.2.1.3 Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung)	804
1.2.2 Die persönliche Haftung der Mitglieder des fakultativen Aufsichtsrates	808
1.2.2.1 Die persönliche Haftung gegenüber der GmbH (Innenhaftung)	809
1.2.2.2 Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung)	810
1.2.3 Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen	811
1.2.3.1 Business Judgement Rule	811
1.2.3.2 Satzung/Anstellungsvertrag	812
1.2.3.3 Weisung	813
1.2.3.4 Entlastung	815

	Seite
1.2.3.5	Freistellungsanspruch. 816
1.2.3.6	Ehrenamt. 816
1.2.4	Darlegungs- und Beweisfragen 817
1.3	Die persönliche Haftung der Leitungs- und Kontroll- organe der kommunalen AG. 818
1.3.1	Die persönliche Haftung der Mitglieder des Vorstands 818
1.3.1.1	Die persönliche Haftung gegenüber der AG (Innenhaftung). . . 818
1.3.1.2	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung) . . 819
1.3.2	Die persönliche Haftung der Mitglieder des Aufsichtsrats . . . 821
1.3.2.1	Die persönliche Haftung gegenüber der AG (Innenhaftung). . . 821
1.3.2.2	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung) . . 823
1.3.3	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen für Vorstand und Aufsichtsrat. 823
1.3.3.1	Business Judgement Rule. 823
1.3.3.2	Satzung/Anstellungsvertrag. 823
1.3.3.3	Weisung/Entlastung 824
1.3.3.4	Freistellungsanspruch. 825
1.3.3.5	Ehrenamt. 825
1.3.4	Darlegungs- und Beweisfragen 825
2.	Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen und die Mitgliedschaft im Verein 825
2.1	Erscheinungsformen des Vereins. 826
2.2	Die persönliche Haftung für die (ehrenamtliche) Übernahme leitender Funktionen im Verein 828
2.2.1	Leitungsorgane des Vereins im haftungsrechtlichen Sinne. . . . 828
2.2.1.1	Ehrenamtlicher und hauptamtlicher Vorstand. 828
2.2.1.2	Geschäftsführer. 829
2.2.1.3	Aufsichtsrat. 829
2.2.1.4	Besonderer Vertreter 830
2.2.1.5	Faktisches Organ 830
2.2.2	Die persönliche Haftung der Leitungsorgane gegenüber dem Verein (Innenhaftung) 830
2.2.3	Die persönliche Haftung der Leitungsorgane gegenüber Dritten (Außenhaftung). 832
2.2.3.1	Rechtsfähiger Verein. 832
2.2.3.2	Nicht rechtsfähiger Verein. 833
2.2.4	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen 836
2.2.4.1	Ehrenamt. 836
2.2.4.2	Anwendung arbeitsrechtlicher Haftungsmilderungen 836
2.2.4.3	Business Judgement Rule. 837
2.2.4.4	Satzung/Anstellungsvertrag. 837
2.2.4.5	Weisung/Entlastung/Verzicht 837
2.3	Die persönliche Haftung für die Mitgliedschaft im Verein. . . . 838

	Seite	
2.3.1	Die Haftung des Vereinsmitglieds gegenüber dem Verein (Innenhaftung)	838
2.3.2	Die persönliche Haftung gegenüber Dritten (Außenhaftung)	839
2.3.2.1	Eingetragener Idealverein	839
2.3.2.2	Nicht rechtsfähiger Verein	841
2.3.3	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen	842
2.3.3.1	Der Freistellungsanspruch des Mitglieds gegen den Verein im Rahmen der Außen- und Innenhaftung	842
2.3.3.2	Anwendung arbeitsrechtlicher Haftungsmilderungen	845
2.3.4	Darlegungs- und Beweisfragen	845
3.	Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen in Zweckverbänden	846
3.1	Die persönliche Haftung des Vorsitzenden	848
3.1.1	Innenhaftung	848
3.1.1.1	Spezialgesetzliche Regelung	848
3.1.1.2	Analoge Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB	850
3.1.1.3	Weitere Innenhaftungs-Anspruchsgrundlagen	851
3.1.1.4	Regressanspruch	851
3.1.1.5	Haftungsmaßstab und Haftungsbeschränkung	851
3.1.2	Außenhaftung	852
3.2	Die persönliche Haftung der Verbandsräte	854
3.2.1	Innenhaftung	855
3.2.2	Außenhaftung	855
3.3	Haftungsbegrenzungen und -privilegierungen	856
3.3.1	Satzung	856
3.3.2	Indemnitätsregelung des Art. 51 Abs. 2 BayGO	857
3.3.3	Freistellungsanspruch	857
3.3.4	Weisung	858
3.3.5	Entlastung	859
3.4	Darlegungs- und Beweisfragen	859
4.	Die persönliche Haftung für die Übernahme von Funktionen und die Mitgliedschaft in politischen Parteien	860
4.1	Haftung für Funktionen in der Partei	861
4.2	Haftung von Fraktionsmitgliedern	862
4.3	Haftung für bloße Parteimitgliedschaft	863

KAPITEL III

Die Ersatzpflicht bei Arbeits- und Dienstunfällen 867

1.	Vorbemerkung und Übersicht	867
2.	Der Haftungsausschluss bei Versicherungsfällen gem. §§ 104ff. SGB VII	868
2.1	Begriff des Versicherungsfalls	869

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.2	Betriebliche Tätigkeit 870
2.3	Privilegierter Personenkreis 871
3.	Der Haftungsausschluss bei Dienstunfällen 873
3.1	Zeitlicher Anwendungsbereich 874
3.1.1	Rechtslage bis zum 11. 02. 2009 874
3.1.2	Rechtslage ab dem 12. 02. 2009 874
3.2	Sachlicher Anwendungsbereich 875
3.3	Begriff des Dienstunfalls 875
3.4	Zusammentreffen von Unfallfürsorgeansprüchen mit Schadenersatzansprüchen 876
Teil D	
	Die versicherungsrechtliche Absicherung der Haftungsrisiken 879
1.	Die Versicherbarkeit der Haftungsrisiken 881
2.	Der Versicherungsvertrag und seine rechtlichen Grundlagen 883
3.	Der Ausschluss bei Wissentlichkeit und Vorsatz 884
3.1	Vorbemerkung 884
3.2	Typische Ausschlussstatbestände in den AVB 884
3.2.1	Die vorsätzliche Schadenverursachung 885
3.2.2	Die vorsätzliche und widerrechtliche Schadenverursachung gem. § 103 VVG 886
3.2.3	Wissentliches Abweichen von Gesetz oder sonstige wissentliche Pflichtverletzung 886
3.3	Der Deckungsprozess 887
3.3.1	Vorbemerkung 887
3.3.2	Darlegungs- und Beweisfragen 888
3.3.3	Gerichtsstand 888
4.	Die kommunale Haftpflichtversicherung 889
4.1	Die Kommunalversicherer 889
4.2	Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes 890
4.3	Versicherter Personenkreis 891
4.4	Nicht versicherte Ansprüche 891
4.4.1	Vorbemerkung 891
4.4.2	Verschuldensunabhängige Entschädigungsansprüche 892
4.4.3	Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate 893
4.4.4	Vertragliche und besondere Zusagen 894
4.5	Die Obliegenheiten des Versicherungsnehmers 896
4.5.1	Anzeige des Versicherungsfalles 897
4.5.2	Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten 897

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
4.5.3	Die Pflicht zur Abwendung und Minderung des Schadens. . .	898
4.5.3.1	Maßgeblicher Zeitpunkt	898
4.5.3.2	Kostenerstattung	899
4.5.4	Darlegungs- und Beweisfragen.	900
5.	Die Absicherung von Umwelthaftungsrisiken	900
5.1	Vorbemerkung	900
5.2	Die Umwelthaftungsversicherung	900
5.2.1	Deckungsvorsorge, Problemstellungen	900
5.2.2	Grundsätzlicher Inhalt der Umwelthaftungsversicherung . . .	901
5.3	Die Umweltschadenversicherung	902
6.	Die Versicherbarkeit persönlicher Haftungsrisiken	903
6.1	Die persönliche Einstandspflicht und ihre Absicherung im Kontext der Kommunalhaftung	903
6.2	Die Vermögenshaftpflichtversicherung für Leitungskräfte (D&O)	905
6.2.1	Vorbemerkung	905
6.2.2	Rechtliche Konstruktion und Versicherungsumfang	905
6.2.3	Der Versicherungsfall	906
6.2.4	Die Serienschadenklausel	906
7.	Die Regulierung und Prozessführung durch den Haftpflichtversicherer	907
7.1	Die Regulierungsvollmacht des Haftpflichtversicherers	907
7.2	Das Prozessführungsrecht des Haftpflichtversicherers	908

Teil E

Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten 911

1.	Verfahrensrechtliche Grundlagen des kommunalen Haftungsprozesses	913
1.1	Zuständigkeit der Gerichte.	913
1.1.1	Der Rechtsweg für (Ersatz-)Ansprüche gegen Kommunen . .	913
1.1.1.1	Überblick	913
1.1.1.2	Grundsätze	913
1.1.1.3	Vertragsähnliche Ansprüche.	914
1.1.1.4	Ehrschutzansprüche	915
1.1.1.5	Weitere Fallgruppen	916
1.1.1.6	Die gerichtliche Zuständigkeitsprüfung	916
1.1.2	Sachliche Zuständigkeit.	917
1.1.3	Örtliche Zuständigkeit	918
1.2	Der Verhandlungsgrundsatz.	918

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
1.2.1	Vorbemerkung	918
1.2.2	Beweissicherung zur Rechtsfindung und Rechtssicherung . . .	919
1.2.3	Hinweispflichten des Gerichts	919
1.3	Darlegungs- und Beweisfragen	920
1.3.1	Vorbemerkung	920
1.3.2	Die Darlegungs- und Beweislast und das Beweismaß	921
1.3.2.1	Die Darlegungslast	921
1.3.2.2	Die Beweislast	923
1.3.2.3	Das Beweismaß	924
1.3.3	Beweiserleichterungen	927
1.3.3.1	Der Beweis des ersten Anscheins	927
1.3.3.2	Die Beweislastumkehr	929
1.4	Die verschiedenen Beweismittel	930
1.4.1	Vorbemerkung	930
1.4.2	Der Zeugenbeweis	930
1.4.3	Der Sachverständigenbeweis	931
1.4.4	Die Parteivernehmung und -anhörung	933
1.4.4.1	Vorbemerkung	933
1.4.4.2	Die Parteieinvernahme	933
1.4.4.3	Die Parteianhörung	935
1.4.4.4	Sonderfall „Vier-Augen-Gespräch“	936
1.5	Das selbständige Beweisverfahren	937
1.6	Die Streitverkündung	938
1.6.1	Vorbemerkung	938
1.6.2	Die prozessualen Wirkungen der Streitverkündung	939
1.6.3	Die Streitverkündung auf der Passivseite	939
1.6.4	Die Streitverkündung auf der Aktivseite	940
1.6.5	Die Reaktion des Streitverkündungsempfängers	940
1.6.6	Verjährungshemmung durch Streitverkündung	941
1.6.7	Kosten	941
1.7	Das Urteil	941
1.7.1	Vorbemerkung	941
1.7.2	Das Endurteil	942
1.7.3	Grundurteil und Betragsverfahren	942
1.7.3.1	Prozessuale Voraussetzungen des Grundurteils	943
1.7.3.2	Das Betragsverfahren	944
1.7.3.3	Die Bindungswirkung des Grundurteils für das Betragsverfahren	944
1.7.4	Das Feststellungsurteil	945
1.7.4.1	Vorbemerkung	945
1.7.4.2	Reichweite der Rechtskraft und Präklusion	946
1.7.4.3	Praktische Auswirkungen	947

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1.8	Die Rechtsmittel 949
1.8.1	Die Berufung 949
1.8.1.1	Statthaftigkeit der Berufung 949
1.8.1.2	Berufungseinlegung und -begründung 950
1.8.1.3	Die Zulässigkeit neuen Vorbringens in der Berufungsinstanz. 952
1.8.1.4	Die Entscheidung des Berufungsgerichts 953
1.8.1.5	Die Prüfungskompetenz des Berufungsgerichts. 954
1.8.2	Die Revision. 955
2.	Spezifische Besonderheiten des Amtshaftungsprozesses 956
2.1	Bindung an bestandskräftige Verwaltungsakte und v erwaltungsgerichtliche Entscheidungen 956
2.1.1	Vorbemerkung 956
2.1.2	Die Bindung an formell und materiell bestandskräftige Verwaltungsakte. 957
2.1.3	Die Bindung an unanfechtbare Satzungen (insbesondere Bebauungsplan) 959
2.1.4	Die Bindung an rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Entscheidungen 959
2.1.4.1	Personelle Reichweite der Bindungswirkung 959
2.1.4.2	Identität des Streitgegenstandes, Rechtskraftwirkung 960
2.1.4.3	Keine Bindung bei der Prüfung der haftungsausfüllenden Kausalität 960
2.1.4.4	Keine Bindung in Bezug auf den Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens 962
2.1.4.5	Keine Bindung bei rechtskräftiger Verbescheidungs- verpflichtung und nachfolgender Rechtsänderung. 962
2.1.4.6	Keine Bindung bei der Verschuldensprüfung 963
2.1.4.7	Keine Bindung an Beschlüsse im Eilverfahren 963
2.2	Auswirkungen von Änderungen der Sach- und Rechtslage im Amtshaftungsprozess. 964
2.3	Die Entscheidung des Berufungsgerichts 964
2.4	Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie im Instanzenzug. 965
Literaturverzeichnis	967
Stichwortverzeichnis	973